

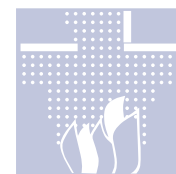
Vorgang: 26-07-11 Sachbearbeiter: Herr Peter

Zeichen: Za-Pe

Datum: 19.03.2026

Dokument: 26-07-11-G01

Brandschutzkonzept nach § 9 BauPrüfVO

*[Quelle: Auszug aus den Bauvorlagen]*Brandschutzkonzepte
BrandschutzgutachtenBauvorhaben: **Errichtung einer Gastronomie aus Seecontainern**Bauort: Am Kultushafen
47055 DuisburgBauherr: WBD- Wirtschaftsbetriebe Duisburg - AÖR
Schifferstraße 190
47059 DuisburgEntrauchungskonzepte
Entrauchungsversuche

Entwurfsverfasser:

Abnahmen
Prüfungen

INHALT

1	EINLEITUNG.....	3
1.1	ANLASS UND AUFTRAG	3
1.2	UNTERLAGEN UND VORGESPRÄCHE	3
2	AUFGABENBEZOGENE PROJEKTBE SCHREIBUNG.....	5
2.1	ALLGEMEINES.....	5
2.2	KONSTRUKTION UND BAULICHE MERKMALE	5
2.3	BESCHREIBUNG DER ZUKÜNFTIGEN NUTZUNG.....	6
2.4	GESETZLICHE GRUNDLAGE, BAURECHTLICHE EINORDNUNG	6
2.5	OBJEKTSPEZIFISCHE RISIKOBEWERTUNG	8
3	TEXTLICHE DARSTELLUNG DES BRANDSCHUTZKONZEPTS.....	9
3.1	FLÄCHEN FÜR DIE FEUERWEHR.....	10
3.2	LÖSCHWASSERVERSORGUNG	11
3.3	UMWELTSCHUTZ, LÖSCHWASSERRÜCKHALTUNG	11
3.4	BAULICHE BRANDSCHUTZMAßNAHMEN	11
3.5	RETTUNGSWEGE	14
3.6	HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER NUTZER, DEREN MOBILITÄT UND GRUNDZÜGE DER EVAKUIERUNG	16
3.7	HAUSTECHNISCHE ANLAGEN	16
3.8	LÜFTUNGSANLAGEN	17
3.9	RAUCH- UND WÄRMEABZUG	17
3.10	ALARMIERUNGSEINRICHTUNG	17
3.11	EINRICHTUNGEN ZUR BRANDBEKÄMPFUNG	17
3.12	ERSATZSTROMVERSORGUNG, FUNKTIONSERHALT ELEKTRISCHER ANLAGEN.....	18
3.13	LAGE UND ANORDNUNG VON BRANDMELDEANLAGEN	18
3.14	GRUNDZÜGE DER FUNKTIONALEN STEUERUNGSTECHNISCHEN ZUSAMMENHÄNGE.....	18
3.15	FEUERWEHRPLÄNE	18
3.16	BETRIEBLICHER BRANDSCHUTZ.....	18
3.17	ABWEICHUNGEN / ERLEICHTERUNGEN	19
3.18	ANWENDUNGEN VON VERFAHREN UND METHODEN DES BRANDSCHUTZINGENIEURWESENS	19
4	TECHNISCHE ABNAHMEN	20
5	ZUSAMMENFASSUNG	21

1 EINLEITUNG

1.1 ANLASS UND AUFTRAG

Bei dem geplanten Bauvorhaben handelt es sich um die Errichtung einer zweigeschossigen Containeranlage, welche zu gastronomischen Zwecken genutzt werden soll. Diese wird sich im Kultushafen der Stadt Duisburg auf dem Gelände der internationalen Gartenausstellung 2027 befinden.

Nach Rücksprache der Bauherrenschaft mit der zuständigen Bauaufsichtsbehörde soll für dieses Bauvorhaben als zusätzliche Bauvorlage ein Brandschutzkonzept eingereicht werden.

Das Brandschutzkonzept soll eine zielorientierte Gesamtbewertung des baulichen, anlagentechnischen und abwehrenden Brandschutzes sein. Das Brandschutzkonzept wird den Anforderungen nach § 9 BauPrüfVO entsprechen.

Das Sachverständigenbüro SV.Zahn wurde beauftragt, für diese bauliche Maßnahme das gesetzlich geforderte Brandschutzkonzept zu erstellen.

Der Inhalt zur vorliegenden brandschutztechnischen Konzeption bezieht sich auf die Darstellung der Sicherheitsvorkehrungen und Schutzmaßnahmen im baurechtlichen Bezugsrahmen (Einhaltung der Schutzziele). Aus diesem Grund wird sich die weiterführende brandschutztechnische Bewertung und Entwicklung ausschließlich an den bauordnungsrechtlichen Vorgaben sowie der objektspezifischen Risikobewertung orientieren. Die Belange des Arbeitsschutzes, der Unfallverhütung sowie versicherungsrechtliche Aspekte bleiben unberührt.

1.2 UNTERLAGEN UND VORGESPRÄCHE

Zur Bearbeitung wurde dem Sachverständigenbüro SV.Zahn folgende Unterlagen übergeben:

- Lageplan (Stand: 15.01.2026; Maßstab 1:250);
- Grundrisse (Stand: 18.09.2025; Maßstab 1:100);
- Ansichten/Schnitte (Stand: 18.09.2025; Maßstab 1:100).

Im Anhang sind Erläuterungspläne zum Brandschutzkonzept angefügt. In Zweifelsfällen sind die textlichen Ausführungen maßgeblich. Durch Vorgespräche mit der Entwurfsverfassenden

sowie einem Vertreter der Bauherrschaft konnte das Bauvorhaben aus brandschutztechnischer Sicht ausführlich diskutiert werden. Es wurden Angaben über die Nutzung sowie die geplante brandschutztechnische Infrastruktur besprochen.

2 AUFGABENBEZOGENE PROJEKTbeschreibung

2.1 ALLGEMEINES

Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich um die brandschutztechnische Beurteilung der Errichtung einer zweigeschossigen Containeranlage zu Gastronomiezwecken am Kultushafen in Duisburg. Diese Containeranlage wird im Erdgeschoss über einen Lagerraum, einen Küchen- und Barbereich und einen Gastraum für 20 Personen verfügen. Im Obergeschoss wird ein Gastraum für 33 Personen sowie eine Terrasse für 24 Personen vorgesehen. Diese Bereiche können über zwei unabhängige außenliegende Treppen erreicht werden.

Grundlegend handelt es sich um einen freistehenden Baukörper auf dem Gelände der internationalen Gartenausstellung (IGA 2027) am Kultushafen in Duisburg. Das Gebäude soll aus ehemaligen Überseecontainern errichtet werden.

2.2 KONSTRUKTION UND BAULICHE MERKMALE

Die nachfolgende Tabelle konkretisiert die bauliche Ausführung der Raumzellenanlage.

Bauteil	Baustoff
Tragende Wände	Ungeschützte Stahlkonstruktion
Nichttragende Wände	Ungeschützte Stahlkonstruktion/ Trockenbauweise
Tragende Teile der Außenwände	Ungeschützte Stahlkonstruktion
Tragende Teile im Dach	Ungeschützte Stahlkonstruktion

Die Abmessungen dieses Bauvorhabens betragen:

Breite (exkl. Außentreppe)	ca. 16,52 m
Tiefe	ca. 11,59 m
Höhe	ca. 5,82 m

Brutto-Grundfläche Erdgeschoss	ca. 74 m ²
Brutto-Grundfläche 1.OG (inkl. Terrasse)	ca. 105 m ²

2.3 BESCHREIBUNG DER ZUKÜNFTIGEN NUTZUNG

Gegenstand des Betriebs ist der Verkauf und die Ausgabe von Speisen und Getränken zum unmittelbaren Verzehr vor Ort sowie zur Mitnahme. Die Speisenzubereitung erfolgt in einer gewerblich genutzten Küche.

Es handelt sich um einen Gastronomiebetrieb mit Regenerationsküche. Das Speisenangebot basiert überwiegend auf Convenience-Produkten, Tiefkühlware sowie vorgefertigten Komponenten, die vor Ort regeneriert werden. Eine Frischzubereitung im klassischen Sinne ist nicht vorgesehen. Ergänzend erfolgt die Zubereitung und Ausgabe von Heiß- und Kaltgetränken sowie die Betreuung der Gäste im Gastraum.

2.4 GESETZLICHE GRUNDLAGE, BAURECHTLICHE EINORDNUNG

Das Brandschutzkonzept soll eine zielorientierte Gesamtbewertung des baulichen und abwehrenden Brandschutzes sein. Das Schutzziel im Hinblick auf den Personenschutz ist in

§ 3 BauO NRW 2018 - Allgemeine Anforderungen-

festgeschrieben.

Demnach sind bauliche Anlagen so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit oder Ordnung, insbesondere Leben oder Gesundheit, nicht gefährdet werden.

Die der Wahrung dieser Belange dienenden, allgemein anerkannten Regeln der Technik sind zu beachten; von diesen Regeln kann abgewichen werden, wenn eine andere Lösung in gleicher Weise die allgemeinen Anforderungen erfüllt.

Der vorbeugende bauliche Brandschutz ist ein Teilaspekt der technischen Gebäudesicherheit und liegt daher nicht allein in der Eigenverantwortlichkeit des Betreibers oder Bauherrn, sondern auch in öffentlich-rechtlichem Interesse.

Bezüglich des Brandschutzes werden die Schutzziele des Gesetzgebers in § 14 BauO NRW 2018 konkretisiert. Hiernach müssen bauliche Anlagen sowie andere Anlagen und Einrichtungen so beschaffen sein, dass

1. der Entstehung eines Brandes und
2. der Ausbreitung von Feuer und Rauch vorgebeugt wird und
3. bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie
4. wirksame Löscharbeiten

möglich sind.

Die Beurteilung des vorliegenden Objektes erfolgt anhand der

Landesbauordnung NRW – Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen –

(BauO NRW 2018)

in den zum Zeitpunkt der Einreichung des Bauantrages gültigen Fassungen.

Die bauliche Anlage ist aufgrund der Höhenlage der Fußböden der höchstgelegenen Aufenthaltsräume zu den angrenzenden Geländeoberflächen und der Größe der Nutzungseinheiten von weniger als 400 m² nach Rücksprache mit der Entwurfsverfassenden in die

„Gebäudeklasse 1“

einzustufen (§ 2 BauO NRW 2018).

Neben der Landesbauordnung Nordrhein-Westfalen werden die Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (VV TB NRW) und die Anlage zur Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen als bauordnungsrechtliche Grundlage dienen (§ 88 i.V.m. § 3 BauO NRW 2018).

Innerhalb des Textes des Brandschutzkonzeptes kann auf weitere Richtlinien, Verordnungen und insbesondere technische Baubestimmungen verwiesen werden, die dann als Ausführungsgrundlage zu sehen sind.

2.5 OBJEKTSPEZIFISCHE RISIKOBEWERTUNG

Die Brandlasten im gegenständlichen Gastronomiebetrieb sind als gering einzustufen, da es sich um eine Regenerationsküche handelt, in der keine klassische Frischzubereitung mit offenem Feuer erfolgt. Die Brandlasten ergeben sich überwiegend aus Möblierung, Einrichtung, Lagerung von Lebensmitteln und technischen Anlagen (z. B. Kühlgeräte, Heißgetränkeautomaten).

Der Nutzerkreis umfasst erwachsene Gäste sowie gelegentlich Kinder in Begleitung von Erwachsenen. Grundsätzlich ist von einem angemessenen Verhalten der anwesenden Personen im Gefahrenfall auszugehen. Dennoch ist insbesondere bei Anwesenheit von Kindern auf eine sorgfältige Beaufsichtigung und auf regelmäßige Unterweisung des Personals im Verhalten im Brandfall zu achten.

Die Räumung des Gebäudes erfolgt vorrangig über die jeweils zwei vorhandenen baulichen Rettungswege (EG und OG), die ausreichend sicher zugänglich sind. Eine geordnete Evakuierung ist damit auch bei voller Belegung gewährleistet.

3 TEXTLICHE DARSTELLUNG DES BRANDSCHUTZKONZEPTS

Die Darstellung des Brandschutzkonzeptes erfolgt auf der Grundlage des

§ 9 BauPrüfVO

- Verordnung über bautechnische Prüfungen –

in der aktuellen Fassung. Für die Gliederung wird eine für das Objekt spezifische Reihenfolge verwendet. Das Brandschutzkonzept ist nachfolgend textlich formuliert und in der Anlage graphisch dargestellt.

Des Weiteren dient das Brandschutzkonzept:

- der Vorlage bei den zuständigen Genehmigungsbehörden gemäß § 11 BauPrüfVO,
- der Unterstützung aller beteiligten Planer,
- als Dokumentation des der Genehmigung zugrunde liegenden Konzeptes und insoweit als Hilfsmittel für spätere, ggf. wiederkehrende Prüfungen bzw. Brandschauen.

Nachfolgende Anforderungen an den Feuerwiderstand sind immer i.V.m. § 26 BauO NRW 2018 zu sehen. Demnach gilt zum Brandverhalten grundsätzlich folgende Anforderung:

Auszug § 26 Abs. 2 Satz 3 und 4 BauO NRW 2018:

Bauteile werden zusätzlich nach dem Brandverhalten ihrer Baustoffe unterschieden in

1. Bauteile aus **nichtbrennbaren** Baustoffen,
2. Bauteile, deren tragende und aussteifende Teile aus **nichtbrennbaren** Baustoffen bestehen und die bei raumabschließenden Bauteilen zusätzlich eine in Bauteilebene **durchgehende Schicht aus nichtbrennbaren** Baustoffen haben,
3. Bauteile, deren tragende und aussteifende Teile aus **brennbaren Baustoffen** bestehen und die allseitig eine brandschutztechnisch **wirksame Bekleidung** aus nichtbrennbaren Baustoffen (Brandschutzbekleidung) und Dämmstoffe aus nichtbrennbaren Baustoffen haben, oder
4. Bauteile aus **brennbaren Baustoffen**.

Soweit in diesem Gesetz oder in Vorschriften aufgrund dieses Gesetzes nichts anderes bestimmt ist, müssen

- Bauteile, die **feuerbeständig** sein müssen, mindestens den Anforderungen des Satzes 3 Nummer 2, sowie
- Bauteile, die **hochfeuerhemmend** sein müssen, mindestens den Anforderungen des Satzes 3 Nummer 3

entsprechen.

3.1 FLÄCHEN FÜR DIE FEUERWEHR

Gemäß § 5 BauO NRW 2018 muss ein Gebäude Zugänge und Zufahrten für die Feuerwehr aufweisen. Außerdem sind Bewegungsflächen und Aufstellflächen für einen erfolgreichen Feuerwehreinsatz essenziell. Diese Flächen, Zugänge und Zufahrten sind nach der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr als eingeführte technische Baubestimmung¹ zu bewerten.



Abbildung 1: Luftbild zum Bestand mit Darstellung des Aufstellorts der Containeranlage

3.1.1 ZUGÄNGE UND ZUFAHRTEN

Das antragsgegenständliche Objekt ist grundsätzlich von der öffentlichen Verkehrsfläche „Dachsstraße“ und den Verkehrsflächen der IGA 2027 zu erreichen. Das abgesperrte IGA-Gelände kann über eine Toranlage erschlossen werden und wird mit einer Feuerwehrschießung versehen.

¹ A 2.2.1.1 VV TB NRW

Die Fahrbahnflächen werden entsprechend der Ziffer 1 Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr für eine Belastung einer Achslast von 10 t und einem zulässigen Gesamtgewicht von 16t hergestellt.

3.1.2 AUFSTELL- UND BEWEGUNGSFLÄCHEN

Das Aufstellen von Feuerwehrfahrzeugen, die Entnahme und Bereitstellung von Geräten und die Entwicklung von Rettungs- und Löscheinsätzen sind auf den Verkehrsflächen des IGA-Geländes sowie auf der öffentlichen Verkehrsfläche ausreichend möglich. Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge sind nicht erforderlich.

Eine Bewegungsfläche (7,00 m x 12,00 m) wird auf dem IGA-Gelände vorgesehen.

3.2 LÖSCHWASSERVERSORGUNG

Die Richtwerte für den Löschwasserbedarf orientieren sich an der Tabelle 1 des DVGW-Arbeitsblattes W 405 unter Berücksichtigung der baulichen Nutzung und der Gefahr der Brandausbreitung.

Für das Beurteilungsobjekt (Errichtung einer Containeranlage) wird ein Löschwasserbedarf von

$$48 \text{ m}^3/\text{h} = 800 \text{ l/min}$$

über einen Zeitraum von zwei Stunden festgelegt. In einem Umkreis von 300 m um das Gebäude kommen alle Entnahmemöglichkeiten als Löschwasserentnahmestellen in Betracht.

Der beurteilungsrelevante Bereich befindet sich auf dem Gelände der internationalen Gartenausstellung. Ein Überflurhydrant DN100 befindet sich in ca. 150 m Entfernung auf der öffentlichen Verkehrsfläche (unmittelbar vor den vorhandenen Tanklagern). Von einer ausreichenden Löschwasserversorgung kann unter Berücksichtigung von § 3 Abs. 2 BHKG für das Objekt ausgegangen werden.

3.3 UMWELTSCHUTZ, LÖSCHWASSERRÜCKHALTUNG

Mit dem Inkrafttreten der aktuellen Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen (VVTB NRW) wurde neben der bereits in 2019/1 gestrichenen technischen Anforderung nunmehr auch die Anlage zu A 2.2.1.13 ersatzlos entfernt, sodass auch der Verweis auf die Anwendung der ehem. „Löschwasserrückhalterichtlinie“ nicht mehr gilt.

Demnach sind Belange zur Rückhaltung von Löschwasser nur noch auf Basis von umweltrechtlichen Vorschriften in eigenen Bewertungen zu betrachten. Das hier vorliegende Brandschutzkonzept fußt auf den bauordnungsrechtlichen Grundlagen und ist auf die Einhaltung der Schutzziele nach BauO NRW 2018 ausgerichtet. Ggf. erforderliche Nachweise werden durch eine sep. Fachingenieurleistung erstellt (AWSV).

3.4 BAULICHE BRANDSCHUTZMAßNAHMEN

3.4.1 ÄUßERE ABSCHOTTUNG, ABSTANDSFLÄCHEN

Die bauliche Anlage wird auf dem Gelände der IGA 2027 errichtet und erstreckt sich an dieser Stelle über zwei Flurstücke (73 und 296). Im Zuge des antragsgegenständlichen Verfahrens wird eine öffentlich-rechtliche Sicherung vorgesehen.

Die Abstandsflächen nach § 6 BauO NRW 2018 werden vom Entwurfsverfasser nachgewiesen.

Die Anforderungen an die äußere Abschottung werden vollumfänglich erfüllt.

3.4.2 LAGE UND ANORDNUNG VON INNEREN BRANDABSCHNITTEN

Die maximalen Gebäudeausdehnungen des Bauvorhabens betragen ca. 16,52 m zu ca. 11,59 m. Dementsprechend wird die Ausbildung von inneren Brandwänden zur Unterteilung des Objektes in Brandabschnitte bauordnungsrechtlich gemäß § 30 Abs. 2 Nr. 2 BauO NRW 2018 nicht erforderlich.

3.4.3 TRAGENDE UND AUSSTEIFENDE WÄNDE UND STÜTZEN

Tragende und aussteifende Wände und Stützen müssen im Brandfall ausreichend lang stand-sicher sein (Schutzziel).

Die tragenden und aussteifenden Wände und Stützen unterliegen bei Gebäuden der Gebäu-deklasse 1 nach § 27 Abs. 1 BauO NRW 2018 keiner deskriptiven Anforderung an eine Feu-erwiderstandsfähigkeit.

Die tragenden Bauteile des Bauvorhabens werden gänzlich aus einer ungeschützten Stahl-konstruktion bestehen.

3.4.4 TRAGENDE UND AUSSTEIFENDE SOWIE RAUMABSCHLIEßENDE DECKEN

Decken müssen als tragende und raumabschließende Bauteile zwischen Geschossen im Brandfall ausreichend lang standsicher und widerstandsfähig gegen eine Brandausbreitung sein (Schutzziel).

Die Geschossdecken unterliegen bei Gebäuden der Gebäudeklasse 1 nach § 31 Abs. 1 BauO NRW 2018 keiner deskriptiven Anforderung an eine Feuerwiderstandsfähigkeit.

3.4.5 NOTWENDIGE FLURE

Aufgrund der Klassifizierung des Bauvorhabens in die Gebäudeklasse 1 ist gem. § 36 Abs. 1 Nr. 2 BauO NRW 2018 ein notwendiger Flur nicht erforderlich.

3.4.6 RAUMABSCHLIEßENDE TRENNWÄNDE

Die bauliche Anlage wird gänzlich als eine Nutzungseinheit brandschutztechnisch bewertet. Demnach wird die Ausbildung von raumabschließenden Trennwänden nach § 29 BauO NRW 2018 nicht erforderlich sein.

3.4.7 NOTWENDIGE TREPPEN/ TREPPENRÄUME

Zur Erschließung der Räume im Obergeschoss werden zwei notwendige Treppen im Außenbereich als nichtbrennbare Stahlaußentreppen vorgesehen.

Notwendige Treppen sind in Gebäuden der Gebäudeklasse 1 gem. § 35 Abs. 1 BauO NRW 2018 ohne eigenen notw. Treppenraum zulässig. Notwendige Treppen sind ebenfalls ohne notwendigen Treppenraum möglich, wenn Sie als Außentreppe eine ausreichende Sicherstellung der Nutzung im Brandfall bildet.

Gemäß der Rettungswegführung werden zwei bauliche notw. Treppen vorgesehen, die im Schadenfall durch die diametrale Anordnung einen sicheren Rettungsweg für anwesende Personen gewährleisten (s. Gliederungspunkt 4.5).

Die nutzbare Breite der Treppen wird für den größten zu erwartenden Verkehr ausgelegt sein.

3.4.8 AUßENWÄNDE

Für Gebäude der Gebäudeklasse 1 ergeben sich gem. § 28 Abs. 5 BauO NRW 2018 keine Anforderungen an die nichttragenden Außenwände.

3.4.9 DÄCHER UND BEDACHUNG

Die Anforderungen an die Dächer und die Bedachung ergeben sich aus § 32 BauO NRW 2018. Gem. § 32 Abs. 1 BauO NRW 2018 müssen Bedachungen gegen eine Brandbeanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme ausreichend lang widerstandsfähig sein (harte Bedachung). Dies gilt nicht für lichtdurchlässige Bedachung aus nichtbrennbaren Baustoffen.

Das Dach als oberer Raumabschluss der Containeranlage wird durch den Stahldeckel gebildet. Die brandschutztechnischen Anforderungen an einer harten Bedachung gem. § 32 Abs. 1 BauO NRW 2018 werden vollumfänglich erfüllt.

3.5 RETTUNGSWEGE

Die Sicherstellung der Flucht- und Rettungswege ist als die dem Personenschutz dienende Maßnahme die wichtigste Absicht des Gesetzgebers.

Zur Erfüllung dieser Vorgabe sind besonders die folgenden Kriterien zu berücksichtigen:

- ⇒ Entfernung bzw. Fluchtweglänge zu den Ausgängen
- ⇒ Breite der Rettungswege und Ausgänge
- ⇒ Anbindung an die öffentliche Verkehrsfläche
- ⇒ Sicherstellung des zweiten Rettungsweges

Entsprechend der bauordnungsrechtlichen Vorgaben muss zunächst jede Nutzungseinheit mit Aufenthaltsräumen über mindestens zwei voneinander unabhängige Rettungswege erreichbar sein.

3.5.1 NACHWEIS DER RETTUNGSWEGE

Nachfolgend werden die bauordnungsrechtlichen Anforderungen an die Rettungswege für das beurteilungsrelevante Gebäude aufgeführt:

- ⇒ Als erster Rettungsweg muss von jeder Stelle eines Aufenthaltsraumes ein notw. Treppenraum oder ein Ausgang ins Freie in höchstens 35 m erreichbar sein (§ 35 Abs. 2 BauO NRW 2018).
- ⇒ Für Nutzungseinheiten mit mindestens einem Aufenthaltsraum wie Wohnungen, Praxen, selbstständige Betriebsstätten etc. müssen in jedem Geschoss mindestens zwei

voneinander unabhängige Rettungswege ins Freie vorhanden sein (§ 33 Abs. 1 BauO NRW 2018).

- ⇒ Für zu ebener Erde liegende Räume, die einen unmittelbaren Ausgang ins Freie haben, der von jeder Stelle des Raumes in höchstens 15 m Entfernung erreichbar ist, wird ein zweiter Rettungsweg nicht erforderlich (§ 33 Abs. 2 Satz 4 Nr. 2 BauO NRW 2018).

Erdgeschoss

Im Erdgeschoss werden die beiden Rettungswege über die Ausgänge ins Freie realisiert.

Obergeschoss

Der erste und zweite Rettungsweg wird über die Ausgänge ins Freie zur Außentreppe bzw. zur Terrasse und der dort vorhandenen Außentreppe vorgesehen.

Die maximale Rettungsweglänge bis zu einem direkten Ausgang ins Freie unterschreitet die max. zulässige Rettungsweglänge von 35 m.

Die Führung und Anordnung der Rettungswege ist auch den anliegenden Erläuterungsplänen zu entnehmen.

3.5.2 TÜREN IN RETTUNGSWEGEN

Nachfolgende deskriptive Anforderungen stellen sich für das beurteilungsrelevante Bauvorhaben:

- ⇒ Türen im Verlauf von Rettungswegen werden zu Betriebszeiten stets offenbar und nutzbar sein.

In der vorliegenden Planung werden die Rettungswege nicht über Rettungswegfenster sichergestellt, da für das Gesamtobjekt ausschließlich bauliche Rettungswege zur Verfügung stehen.

Die vg. Anforderung werden in der Planung des Bauvorhabens eingehalten.

3.5.3 KENNZEICHNUNG DER RETTUNGSWEGE

Die Türen über die Rettungswege geführt werden, werden aufgrund der übersichtlichen Raumgestaltung mit einer lang nachleuchtenden Rettungswegbeschilderung nach der ASR A 1.3

eindeutig gekennzeichnet, sodass von jeder Stelle der Verlauf der Rettungswege bis ins Freie zu erkennen ist.

3.5.4 SICHERHEITSBELEUCHTUNG

Für das Objekt wird eine Sicherheitsbeleuchtung nicht erforderlich.

3.6 HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER NUTZER, DEREN MOBILITÄT UND GRUNDZÜGE DER EVAKUIERUNG

3.6.1 HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER NUTZER

Die Zahl der Nutzer der geplanten Containeranlage ergibt sich aus der vorliegenden Möblierung. Eine Festlegung einer höchstzulässigen Zahl der Nutzer ist nicht erforderlich.

3.6.2 MOBILITÄT UND GRUNDZÜGE DER EVAKUIERUNG

Gesonderte Vorkehrungen hinsichtlich der Evakuierung gehbeeinträchtigter Personen werden nicht erforderlich.

3.7 HAUSTECHNISCHE ANLAGEN

Detaillierte Planungen hinsichtlich der haustechnischen Erschließung werden erst im Zuge der Ausführungsplanung vorgelegt. Daher sind die nachstehenden Ausführungen zum Stand Bauantragsplanung mitunter recht allgemeiner Natur.

Diese Ausführungen dienen in erster Linie den beteiligten Fachplanern als Planungsgrundlage für ihre jeweiligen Gewerke.

Grundsätzlich ist die hier beschriebene Infrastruktur so zu verlegen, dass einer Ausbreitung von Feuer und Rauch vorgebeugt wird.

3.7.1 ELEKTRISCHE ANLAGEN/LEITUNGSANLAGEN

Bei der Ausführung nach den geltenden VDE-Vorschriften werden Zündgefahren vermieden. Es gilt die grundsätzliche Forderung, dass durch Leitungen und ihre Ausführung eine Übertragung von Feuer und Rauch nicht erfolgen darf.

Eine Heizungs- und Feuerungsanlage wird nicht ausgeführt. Die Containeranlage wird über Elektroheizkörper beheizt.

3.8 LÜFTUNGSANLAGEN

Eine Lüftungsanlage für die Containeranlage ist nicht geplant.

Die Containeranlage wird natürlich über die geplanten Türen und Fenster be- und entlüftet.

3.9 RAUCH- UND WÄRMEABZUG

Es ergeben sich keine Anforderungen an einen Rauch- und Wärmeabzug für das gegenständliche Bauvorhaben.

3.10 ALARMIERUNGSEINRICHTUNG

Aus baurechtlichen Vorschriften ergibt sich keine Notwendigkeit eine Alarmierungseinrichtung einzubauen.

3.11 EINRICHTUNGEN ZUR BRANDBEKÄMPFUNG

3.11.1 SELBSTTÄTIGE/ NICHTSELBSTSTÄTIGE FEUERLÖSCHANLAGEN

Nicht erforderlich.

3.11.2 FEUERLÖSCHER

Zur Bekämpfung von Entstehungsbränden wird in der Raumzellenanlage ein Feuerlöscher nach DIN EN 3 bzw. DIN 14406 an einer gut sichtbaren und jederzeit zugänglichen Stelle angeordnet. Außerdem wird ein Brandschutzzeichen F001 nach ASR A1.3 deutlich sichtbar und dauerhaft als Kennzeichnung angebracht.

Die Anzahl der erforderlichen Löschmitteleinheiten (LE) amtlich zugelassener Feuerlöscher wird gemäß den Technischen Regeln „Maßnahmen gegen Brände“ (ASR A2.2) im Zuge der Gefährdungsbeurteilung des Betreibers ermittelt. Für die Grundausstattung dürfen nur Feuerlöscher angerechnet werden, die jeweils über mindestens 6 LE verfügen.

Im Erläuterungsplan zu diesem Brandschutzkonzept ist eine exemplarische Positionierung von Feuerlöschern dargestellt.

3.12 ERSATZSTROMVERSORGUNG, FUNKTIONSERHALT ELEKTRISCHER ANLAGEN

Maßnahmen für eine Ersatzstromversorgung/ Funktionserhalt bestehen nicht.

3.13 LAGE UND ANORDNUNG VON BRANDMELDEANLAGEN

Aus baurechtlichen Vorschriften ergibt sich keine Notwendigkeit eine Brandmeldeanlage einzubauen.

3.14 GRUNDZÜGE DER FUNKTIONALEN STEUERUNGSTECHNISCHEN ZUSAMMENHÄNGE

Nicht erforderlich.

3.15 FEUERWEHRPLÄNE

Nicht erforderlich.

3.16 BETRIEBLICHER BRANDSCHUTZ

3.16.1 GEFAHRENVERHÜTUNG

Die Mitarbeiter werden bei Neueinstellung und im Rahmen der jährlichen Unterweisung über die Anordnung und Bedienung der Feuerlöschgeräte sowie die Inhalte der Brandschutzordnung unterwiesen.

3.16.2 BRANDSCHUTZORDNUNG

Für das geplante Objekt wird eine Brandschutzordnung gemäß DIN 14096 in den Teilen A, B und C erstellt.

3.16.3 BRANDSCHUTZBEAUFTRAGTER

Ein Brandschutzbeauftragter wird für das antragsgegenständliche Bauvorhaben nicht erforderlich.

3.17 ERLEICHTERUNGEN/ ABWEICHUNGEN

Es wurden keine Erleichterungen/Abweichungen festgestellt.

3.18 ANWENDUNGEN VON VERFAHREN UND METHODEN DES BRANDSCHUTZINGENIEURWESENS

Für die brandschutztechnische Analyse des Vorhabens wurden keine ingenieurtechnischen Berechnungsverfahren angewendet. Es folgte eine Bewertung ausschließlich durch die aufgeführten Regelwerke.

4 TECHNISCHE ABNAHMEN

Das betrachtungsrelevante Gebäude fällt nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung über die Prüfung technischer Anlagen und wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten (PrüfVO).

Die vom Hersteller vorgegebenen erforderlichen regelmäßigen technischen Abnahmen und Wartungen sicherheitstechnisch relevanter Geräte und Anlagen sind durch den Betreiber zu veranlassen.

5 ZUSAMMENFASSUNG

Der Unterzeichner wurde beauftragt, für die Errichtung einer zweigeschossigen Containeranlage zu Gastronomiezwecken auf dem Gelände der IGA 2027 am Kultushafen in Duisburg ein Brandschutzkonzept aufzustellen.

Inhalt und Umfang der Untersuchung orientieren sich an der BauPrüfVO und gewährleisten damit eine umfassende Betrachtung der aus brandschutztechnischer Sicht relevanten Punkte.

Bei Berücksichtigung aller im vorangegangenen Gliederungspunkt 3 beschriebenen Maßnahmen bestehen nach dem derzeitigen Stand der Brandschutztechnik gegen die geplante Baumaßnahme

keine Bedenken

wegen des Brandschutzes.

Das vorliegende Brandschutzkonzept gilt ausschließlich für die dargelegten Nutzungsbedingungen im konkreten Bauvorhaben. Ohne vorherige Prüfung ist eine Übertragung der Ergebnisse auf andere bauliche Anlagen nicht möglich.

DIPL.-ING. AXEL ZAHN

Prüfingenieur für Brandschutz (NRW)

Staatlich anerkannter Sachverständiger
für die Prüfung des Brandschutzes

Prüfsachverständiger
für Rauch- und Wärmeabzugsanlagen

SWEN PETER, B. ENG.

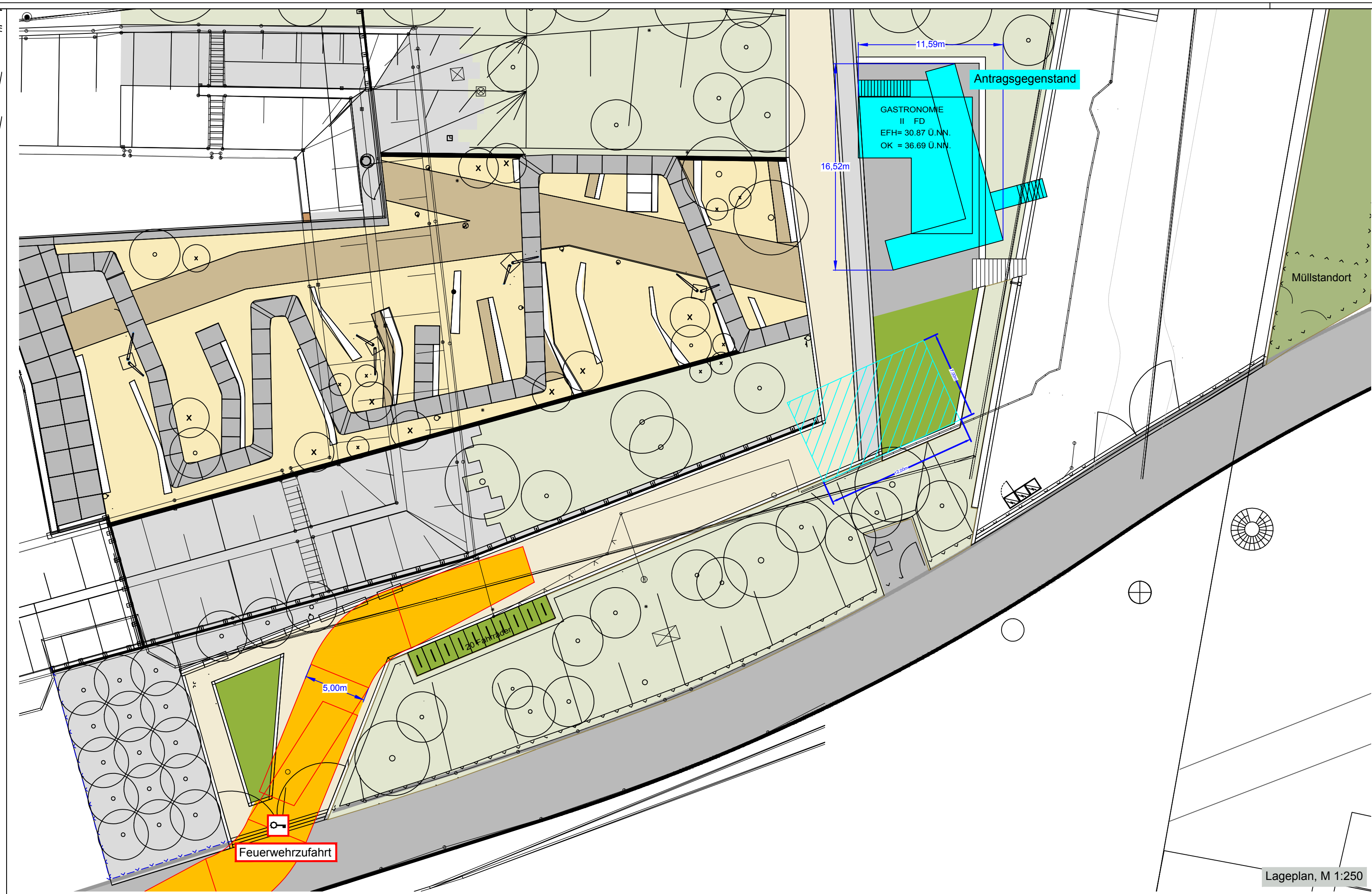
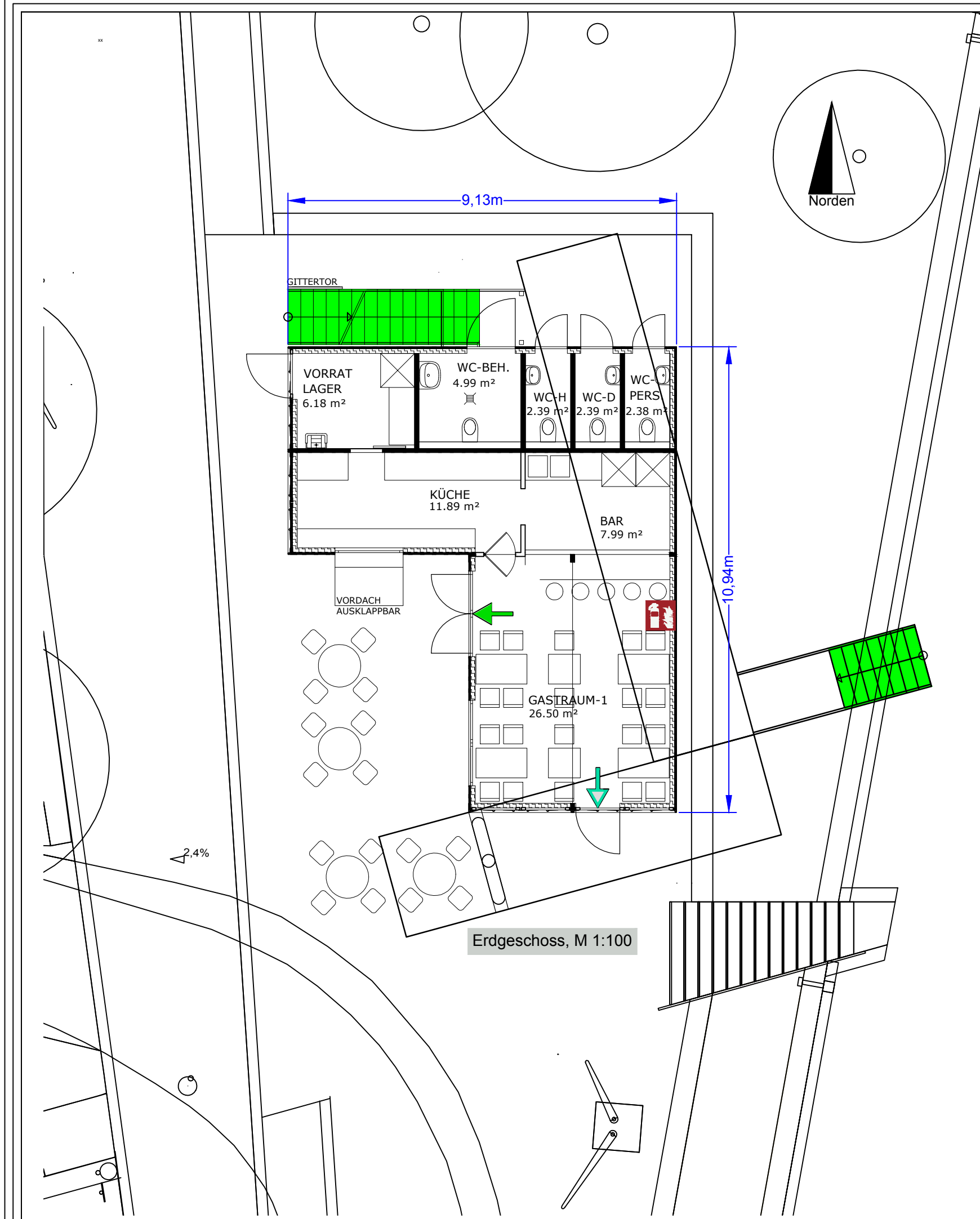
Projektingenieur

Das Dokument umfasst 21 Seiten und Anlagen.

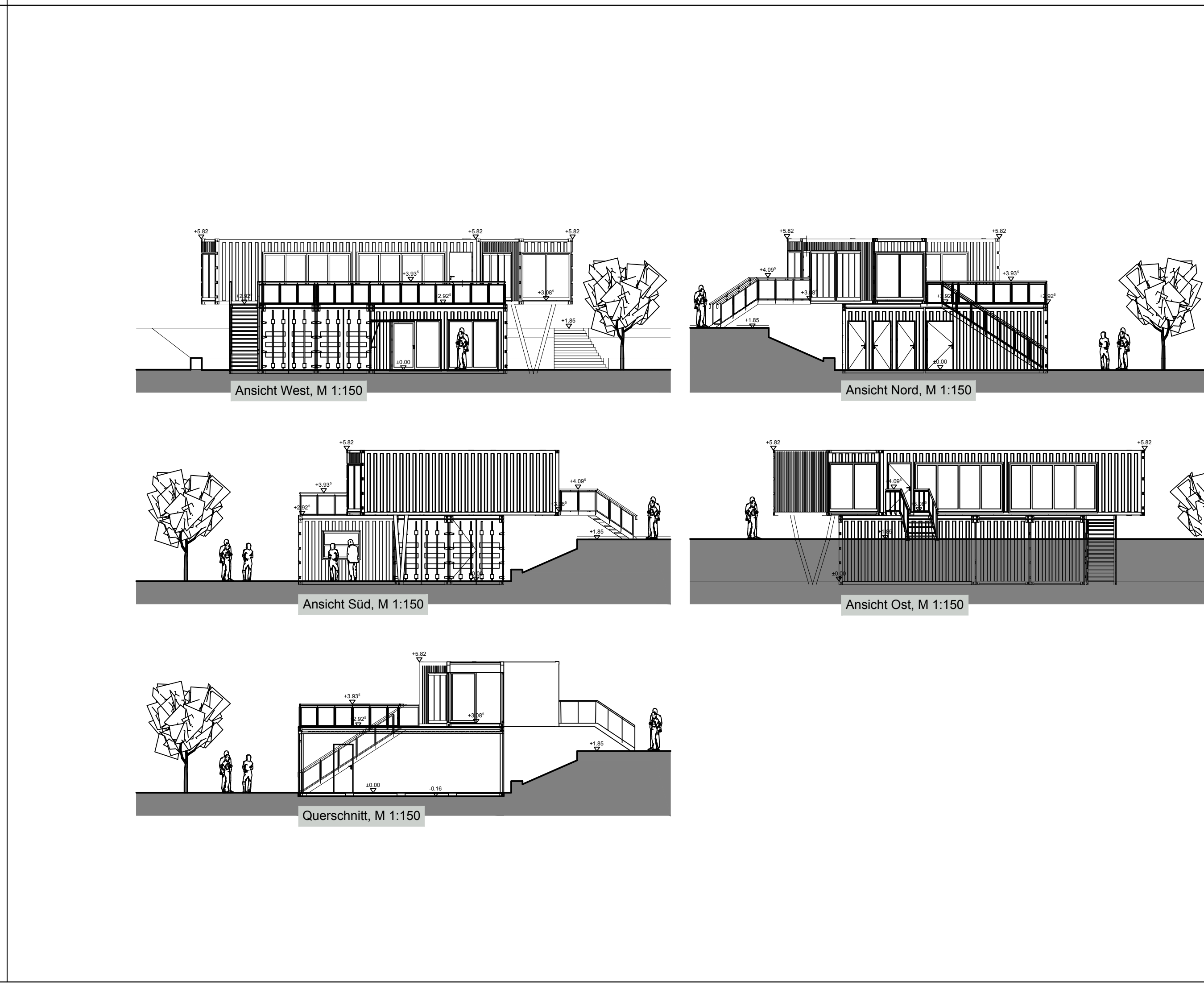
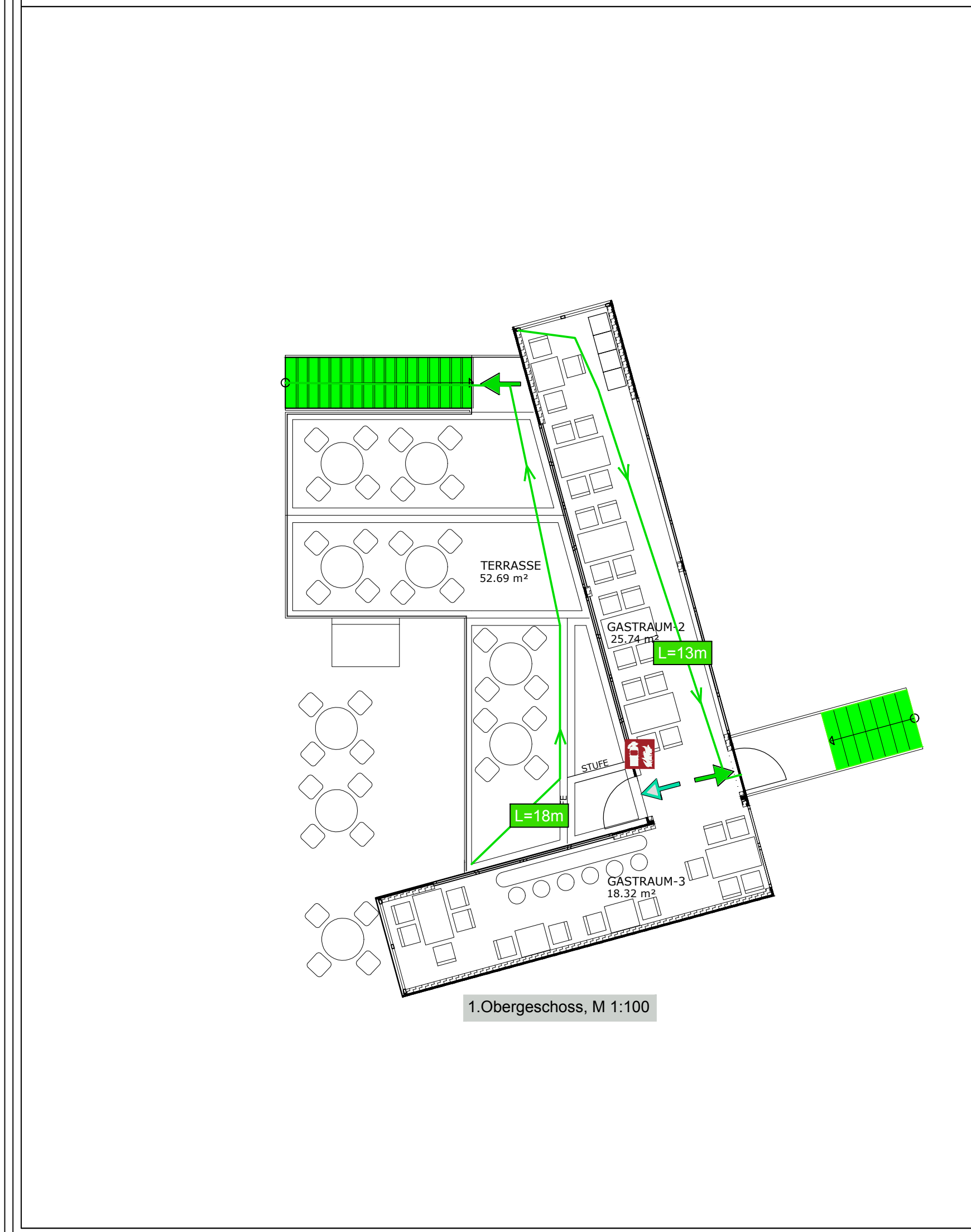
Hiermit erkläre ich, dass diese Bauvorlage (§ 9 BauPrüfVO) bezüglich ihres Planungs- u. Bearbeitungsstandes mit den von mir gefertigten und bei Ihnen vorliegenden Bauvorlagen übereinstimmt (§ 7 BauPrüfVO).

(Unterschrift Entwurfsverfasser)

Anlage I: Erläuterungspläne zum Brandschutzkonzept



- Legende**
- ABC-Feuerlöscher (exemplarisch)
 - 1. Rettungsweg
 - 2. Rettungsweg
 - Laufweglänge L=--m
 - notwendiger Treppe
 - Bewegungsfläche für Fahrzeuge der Feuerwehr
 - Feuerwehruzufahrt
 - Schleppkurve gemäß Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr



26-07-11 | Erläuterungsplan

SV Zahn
Ingenieure GmbH

Geschäftsführung
Malte Zahn, M.Eng.
André Grot, M.Eng.
Dipl.-Ing. Axel Zahn

Stadtwaldstraße 62
41179 M'gladbach

Tel.: 02161/294588-0
Fax: 02161/294588-11
E-Mail: info@sv-zahn.de
www.sv-zahn.de

Amtsgericht
Mönchengladbach
HRB 23345

Brandschutzkonzepte
Brandschutzgutachten

Entrauchungskonzepte
Entrauchungsversuche

Abnehmen
Prüfungen

Plan zum Brandschutzkonzept
26-07-11-G01 vom 19.03.2026

Objekt:
Errichtung einer Gastronomie aus Seecontainern
Am Kultushafen
47055 Duisburg

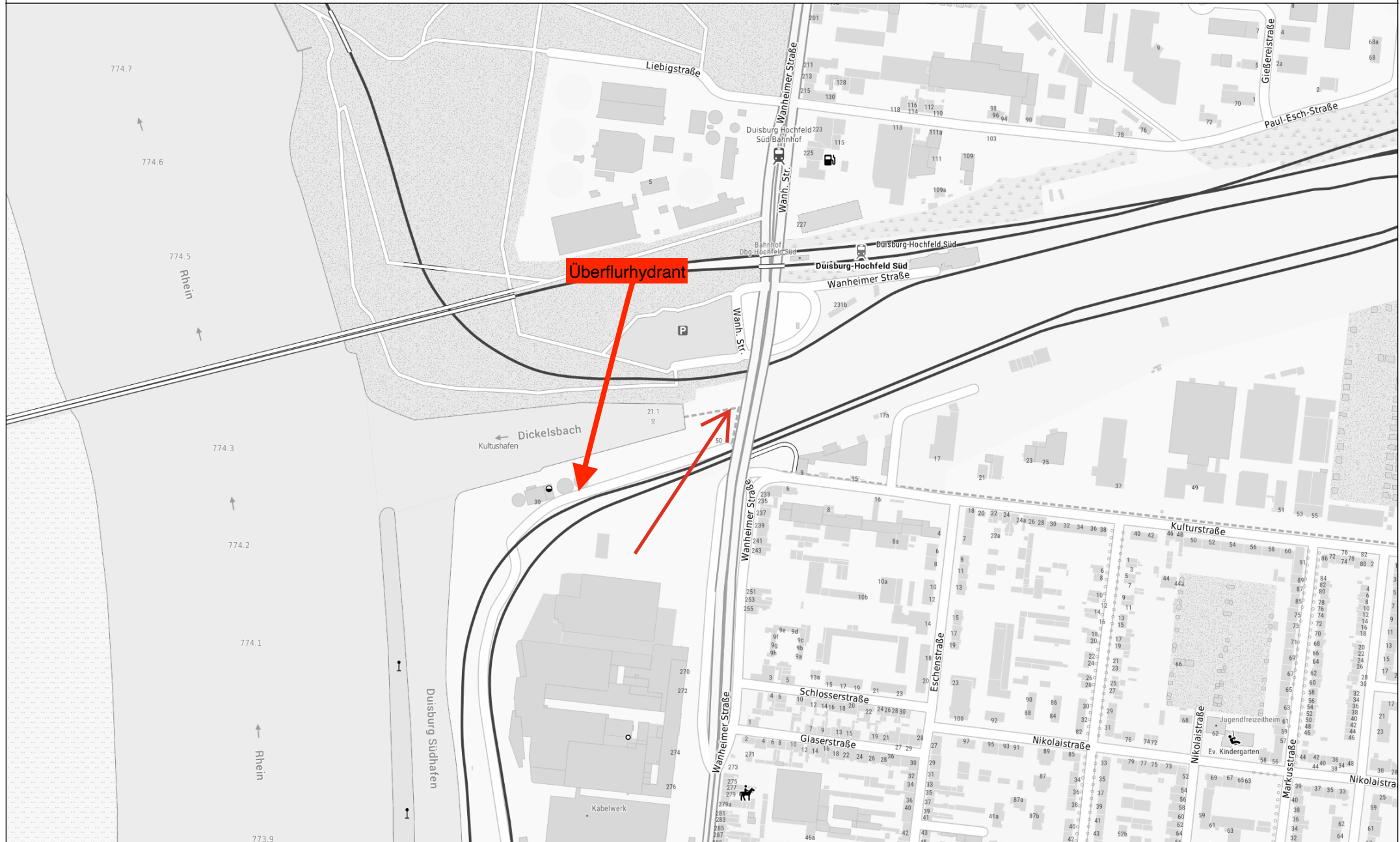
Planstadium: Erläuterungsplan Maßstab: 1:100 / 1:150 / 1:250

Bauherr:
WBD-Wirtschaftsbetriebe Duisburg-AÖR
Schifferstraße 190
47059 Duisburg

Planer:

Datum Bearbeitung: 3/20/2026 Zeichen: Za-Pe-Pa

Dieser Plan ist ausschließlich im Zusammenhang mit dem textlichen Teil des o.g. Dokumentes anwendbar. Eine Anwendung des Plans auf andere Fragestellungen ist nur nach Prüfung und Freigabe durch den Entwurfsverfasser zulässig.



0 100 200 300m